

Frankfurter Rundschau; Samstag, 19.12.2020  
„Dr. Hontschiks Diagnose“

## Almosen statt Teilhabe

### Deutschland ignoriert internationale Verträge

Ein Jahr ist es her. Von einem Virus sprach damals noch niemand. Es war kalt, es hatte geschneit. Eigentlich war das kein Wetter, um mit dem Rollstuhl aus dem Haus zu gehen. Aber wir hatten Theaterkarten reserviert und uns schon lange auf diesen Abend gefreut. Das Taxi kam pünktlich, und die Fahrt in die Stadt war problemlos, trotz Schnee und Glätte. Wegen des schlechten Wetters fuhr der Taxifahrer vor dem Schauspielhaus auf Straßenbahnschienen bis auf den Vorplatz, obwohl das für Autos verboten ist. Dort standen an diesem Abend einige Polizeiwagen mit Blaulicht, denn eine Demonstration von Kurden wurde erwartet, aber der Taxifahrer fuhr einfach an ihnen vorbei. Er wollte es meiner Frau leicht machen. Es gibt nämlich keine Anfahrt vor dem Schauspielhaus, und der normale Taxihalteplatz ist lebensgefährlich: Man steigt aus und steht halb auf der Fahrbahn, und jetzt muss man noch in den Rollstuhl umsteigen und um das Taxi herumfahren – Horror pur. Der Taxifahrer schien das zu wissen und fuhr keck direkt vor den Eingang des Schauspielhauses. Aussteigen und den Transfer auf den Rollstuhl bewältigen konnte man dort in aller Ruhe. Als meine Frau endlich im Rollstuhl saß, mussten wir nur noch den grässlichen Aufzug mit seinem beunruhigendem Ächzen und Knarzen ertragen. Dann gelangten wir an einen der wenigen für Rollstuhlfahrer\*innen reservierten Sitzplätze, in der letzten Reihe, ganz an der Seite.

Gut gelaunt nach großem Kunstgenuss verließen wir das Schauspielhaus eineinhalb Stunden später. Diesmal wollte der Taxifahrer aber leider nicht auf den Vorplatz fahren. Da mache er sich strafbar. Womit er natürlich Recht hatte. Also schob ich den Rollstuhl durch Schneematsch und über Eisflächen auf die linke Spur der vierspurigen Straße hinaus, bis zur Beifahrtür des Taxis. Der Verkehr brauste hautnah hinter uns vorbei, während der Transfer beim Hineinhelfen auf den Autositz auf dem eisigen Untergrund

zu einem wackeligen Unternehmen voll Stress und Hektik geriet. Ich rutschte aus und klemmte meiner Frau einen Fuß ein. Als sie endlich im Taxi saß und der Rollstuhl im Kofferraum verstaut war, war unsere Freude über den schönen Theaterabend schon fast verfliegen.

Ein ganz kleines Beispiel, eines von vielen. So vieles liegt im Argen. Im Februar 2009 ist Deutschland der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen beigetreten. Deutschland verpflichtete sich damit auf die Achtung der Menschenwürde, der Autonomie, der Unabhängigkeit und der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen, auf deren volle Teilhabe an der Gesellschaft. Aber noch 2017 wurde die in einem ersten Gesetzentwurf ursprünglich enthaltene Verpflichtung zum barrierefreien Bauen öffentlich zugänglicher Bereiche wie Restaurants, Arztpraxen, Apotheken oder Kinos kurz vor der Verabschiedung aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung wieder gestrichen. Es sei diesmal noch nicht durchsetzbar gewesen, private Investoren so stark zu belasten, sagte die damals zuständige Ministerin Andrea Nahles vor dem Bundestag. Übrig geblieben war nur noch die Verpflichtung, bei Neubauten von Gebäuden staatlicher Einrichtungen auf Barrierefreiheit zu achten. Andrea Nahles schämte sich nicht. Das nächste Mal wäre es dann ja bestimmt so weit, sagte sie. Das nächste Mal? In zehn Jahren? In zwanzig Jahren? Behindert aber ist man jetzt und wird man jetzt.

Richtschnur der Politik für Menschen mit Behinderungen bleibt in unserem Land weiterhin das Prinzip der Ungleichbehandlung und der Almosen.

Aktuell im Buchhandel:  
Claudia und Bernd Hontschik:  
**„Kein Örtchen. Nirgends.“**  
Westend Verlag 2020, 16 Euro